

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb
am 22.03.2022

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 15:05 Uhr
Ende: 16:25 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Elke Grünewald
Herr Marcel Kaldek
Herr Carsten Krumhöfner Stellv. Vorsitzender
Frau Tanja Orłowski
Herr Werner Thole

SPD

Frau Dorothea Brinkmann
Herr Sven Frischemeier Vorsitzender
Herr Michael Schnitzer
Frau Karin Schrader

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Michael Gorny
Frau Daniela Kloss
Herr Klaus Rees
Herr Thies Wiemer

FDP

Herr Leo Knauf

Die Linke

Frau Meike Taeubig

AfD

Herr Florian Rust

Die Partei

Herr Dirk Strauß

BfB

Herr Dietmar Krämer beratendes Mitglied

Von der Verwaltung:

Herr Moss Erster Betriebsleiter Immobilienservicebetrieb und Beigeordneter Dezernat 4
Herr Hartwig Stab Dezernat 4
Herr Bültmann Kaufmännischer Betriebsleiter Immobilienservicebetrieb
Herr Peter Technischer Betriebsleiter Immobilienservicebetrieb
Frau Weigandt Geschäftsführung Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb
Herr Hellermann Immobilienservicebetrieb
Frau Reher Umweltamt anwesend bis 16:05 Uhr

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Frischemeier, eröffnet den öffentlichen Teil der 14. Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb und begrüßt die Anwesenden. Anschließend stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist auf den Antrag der FDP-Fraktion zum TOP 4.2 „Antrag der CDU-Fraktion zu TOP 9 - Städt. Bauprogramm 2022, hier: Aufnahme des Feuerwehrgerätehauses Lämershagen“ hin.

-.-.-

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 11. Sitzung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes am 08.02.2022**

Zum öffentlichen Teil der Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes vom 08.02.2022 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Mitteilungen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Energieeinsparpotentiale städtischer Sportanlagen (Antrag der CDU vom 01.02.2022)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3335/2020-2025

Einleitend teilt Herr Frischemeier mit, dass der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz den Antrag an den Betriebsausschuss ISB verwiesen habe und der Antragstext zwischenzeitlich seitens der CDU-Fraktion geändert worden sei.

Dazu führt Herr Krumhöfner aus, dass es der Verwaltung durch die Änderungen erleichtert werden solle, den Antrag abzuarbeiten. So seien die Kennzahlen nicht mehr explizit benannt, sondern es solle auf bereits vorhandene Kennzahlen zur

Ermittlung der Energieverbräuche zurückgegriffen werden. Ziel des Antrages sei es, Einsparpotentiale ausfindig zu machen.

Vor der Befassung mit dem Antrag bittet Herr Rees von der Verwaltung den Stand der zwei Programme zum Thema zu erfahren. Dabei handele es sich zum einen um das Programm „nahezu Klimaneutralität für städtische Gebäude bis 2030“. Konkret beschäftigt ihn die Frage, ob die Sporthallen miteinbezogen würden. Zum anderen gebe es ein Programm, bei dem der Immobilienservicebetrieb alle zwei Jahre zur Sanierung der Sporthallen und Sportanlagen eine Sportpauschale vereinnahmen könne. Der Fokus liege dort bei der Sanierung der Sporthallen. Womöglich erübrige sich damit der Antrag der CDU-Fraktion.

Laut Herrn Peter habe sich die Fraktion Die Linke im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz an die Verwaltung mit der Anfrage gewandt, inwieweit die energetische Bestandssanierung in das Bauprogramm eingeflossen sei. Seinem Verständnis nach gehe die Frage von Herrn Rees in dieselbe Richtung.

Bei der Aufstellung des Bauprogramms seien zunächst die bereits begonnenen Projekte betrachtet worden, die selbstverständlich weitergeführt werden sollen. Dabei sei festgestellt worden, dass sie zum Zeitpunkt August 2021 eine Summe von über 400 Millionen Euro ausmachten.

Zu diesem Betrag seien nochmal an die 500 Millionen Euro hinzugekommen, sodass das Investitionsprogramm nun nah an der Milliardengrenze liegen würde. Davon sollen Projekte finanziert werden, die gesetzlich notwendig seien, wie die Schulraumbereitstellung für Grundschulen und weiterführende Schulen, die Erfüllung des OGS-Rechtsanspruches zum Jahresende 2026 und die Umsetzung der Anforderungen aus dem Rettungsdienst- und Brandschutzbedarfsplan.

In der daraus entstandenen Bauliste seien auch Sporthallen aufgeführt, für die es bereits Planungsleistungen gegeben habe und Verpflichtungen eingegangen worden seien.

Als letzte Maßnahme sei der Einbau von dezentralen, stationären Lüftungsgeräten hinzugekommen und habe direkt den ersten Platz eingenommen.

Herr Rees entnehme der Antwort von Herrn Peter, dass die städtischen Sporthallen im Fokus ständen und energetische Maßnahmen bereits geplant oder ausgeschrieben seien. Im Laufe der Maßnahmendurchführung würden der Politik die Energieverbräuche etc. mitgeteilt. Auch vor dem Hintergrund der großen Bauliste sehe er keine Notwendigkeit und keine Möglichkeit mehr zu tun, als die ohnehin ergriffenen Maßnahmen fortzuführen. Insofern möchte er von der CDU-Fraktion wissen, ob sie ihren Antrag aufrechterhalten möchte.

Herr Peter erläutert, dass es mit dem Bauprogramm und der Liste des Ökozentrums Hamm zur Erreichung des vom Rat formulierten Ziels „nahezu Klimaneutralität für städtische Gebäude bis 2030“ zwei nebeneinander herlaufende Programme gebe. Die beiden Listen würden miteinander verglichen und in der nächsten Sitzung würde der Betriebsausschuss über Schnittmengen und Lücken informiert.

Die von Herrn Rees erwähnte Sportpauschale sei in den letzten Jahren für andere Zwecke, meistens für die Sanierung von im städtischen Eigentum befindlichen Kunstrasenplätzen, verwendet worden, so Herr Bültmann. Die Sanierung der Sporthallen sei über Eigenmittel im Rahmen des Sporthallensanierungsprogramms des Immobilienservicebetriebs finanziert worden.

Auf Nachfrage von Herrn Frischemeier erklärt Herr Krumhöfner für die CDU-Fraktion an dem Antrag festzuhalten, da die Sporthallen bislang nicht vollständig betrachtet worden seien.

Frau Brinkmann begrüßt den Vorschlag von Herrn Peter, die beiden Listen miteinander zu vergleichen und dem Betriebsausschuss zukommen zu lassen. Insofern würde die SPD-Fraktion den Antrag der CDU-Fraktion heute auch ablehnen.

Nach Ansicht von Herrn Knauf könne die zur nächsten Sitzung angekündigte Vergleichsliste als Entscheidungsgrundlage für den Antrag der CDU-Fraktion dienen. Insofern erachte er es als sinnvoll, die Entscheidung über den Antrag auf die nächste Sitzung zu verschieben. Dann werde sich auch zeigen, ob die von Herrn Peter angesprochene Lücke groß oder eben nicht groß genug sei, damit sich der Antrag lohne.

Herr Frischemeier erkennt darin einen Antrag auf erste Lesung, was seitens der CDU-Fraktion, die heute eine Entscheidung herbeisehnt, abgelehnt wird.

Unter Berücksichtigung der Änderung des Antrages durch die CDU-Fraktion ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung ermittelt die Energieverbräuche städtischer Sporthallen anhand vorhandener Kennziffern und berichtet dem BISB über die Möglichkeiten, durch geeignete Maßnahmen Energiekosten, Energieverbräuche und CO₂-Emissionen zu reduzieren. In diesem Zusammenhang erfolgt auch eine Einschätzung der Wirtschaftlichkeit der jeweiligen Maßnahmen.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung abgelehnt -

Zu Punkt 4.2

**Antrag der CDU-Fraktion zu TOP 9 - Städt. Bauprogramm 2022
hier: Aufnahme des Feuerwehrgerätehauses Lämershagen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3408/2020-2025

Herr Moss liest den Antrag der CDU-Fraktion in Verbindung mit dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Darin beantragt die FDP-Fraktion, die um das Feuerwehrgerätehaus Lämershagen aktualisierte Prioritätenliste dem Betriebsausschuss ISB und dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei sei in der letzten Ratssitzung lange darüber diskutiert worden, ob die Prioritätenliste beschlossen werden solle oder nicht. Im Ergebnis sei sie lediglich zur Kenntnis genommen worden.

Aufgrund von Unklarheiten stellt Herr Frischemeier klar, dass der Rat nicht die Aufnahme des Feuerwehrgerätehauses Lämershagen in die Prioritätenliste beschlossen habe, sondern die Entscheidung darüber an den Betriebsausschuss ISB verwiesen habe. Er sehe den Widerspruch, etwas in eine Liste aufzunehmen, die vom Rat nur zur Kenntnis genommen worden sei. Darüber müsse nochmal nachgedacht werden.

Laut Herrn Thole sei versprochen worden, das Feuerwehrgerätehaus in die Liste aufzunehmen und spätestens zum Ende des Bauprogramms zu realisieren. Das sei zwischen den Geschäftsführern ausgehandelt worden.

Herr Frischemeier könne sich an die Ratssitzung erinnern. Er sei zu dem Punkt aufgestanden und habe erklärt, ihn mit in die Beratung des Betriebsausschusses ISB zu nehmen. Damit sei das Feuerwehrgerätehaus Lämershagen formal noch nicht aufgenommen.

In diesem Zusammenhang zitiert Herr Bültmann den einstimmigen Beschluss des Rates, wonach der Antrag an den Betriebsausschuss ISB verwiesen werde.

Wie deutlich geworden sei, so Herr Knauf, solle mit knappen Ressourcen ein riesiges Bauprojekt umgesetzt werden. Es herrsche grundsätzlich Einigkeit darüber, dass das Feuerwehrgerätehaus Lämershagen sanierungsbedürftig sei. Wenn die Maßnahme aufgenommen werde, müssten aber die Auswirkungen innerhalb der Prioritätenliste bekannt sein und die Priorität der Maßnahme müsse festgelegt werden. Er finde es komisch, wenn eine Milliarde Euro als Geschäft der laufenden Verwaltung mit lediglich einer Kenntnisnahme der Politik investiert würden. Daher sehe seine Fraktion die Beschlussfassung im Betriebsausschuss ISB und Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss vor. Die Politik müsse ehrlich sein und sagen, was gewollt sei und was nicht.

Herr Rees teilt mit, dass zurecht darauf hingewiesen worden sei, weshalb der Antrag heute diskutiert werde. Der Rat habe ihn hierher verwiesen. Die Prioritätenliste sei durch Abwägungen in der Verwaltungsspitze zustande gekommen und es gebe gewisse Voraussetzungen, damit eine Maßnahme überhaupt auf die Liste käme.

Vor diesem Hintergrund erkundigt er sich nach den Grundlagen zum Feuerwehrgerätehaus Lämershagen, im Besonderen, ob es bereits eine Planung und ein Grundstück zur Realisierung der Maßnahme gebe und die Kosten bekannt seien. Des Weiteren fragt er, ob es ein abgestimmtes Konzept mit der Feuerwehr gebe und die Feuerwache Ost, die für viel Geld vermutlich am Jagdweg entstehen solle, mit all ihren Funktionen bei der Diskussion um das Feuerwehrgerätehaus Lämershagen mitberücksichtigt worden sei. Auch möchte er wissen, in welchem Zeitraum die Maßnahme zu realisieren sei. Denkbar wäre beispielsweise, dass erst noch ein Grundstück erworben werden müsse.

Seine Fraktion zeige sich bereit, über die Maßnahme zu reden und sie im Grundsatz aufzunehmen. Hierzu bedürfe es jedoch der zuvor angesprochenen Grundlagen. In diesem Sinne bittet er die Verwaltung, die geforderten Informationen zur nächsten Sitzung nachzureichen.

Nach Meinung von Herrn Knauf würden die Grundlagen ermittelt, wenn das Feuerwehrgerätehaus in die Prioritätenliste aufgenommen werde.

Herr Moss erläutert, dass die Bauliste ursprünglich viel länger gewesen sei. Maßnahmen, die nicht bis zum Jahr 2030 umsetzungsfähig seien, seien herausgefallen.

Zwar gebe es ein Grundstück für das Feuerwehrgerätehaus Lämershagen, dort verlaufe aber ein Strommast. Bei den Überlegungen sei das Feuerwehrgerätehaus Quelle gedanklich auf das Grundstück übertragen worden und dabei sei festgestellt worden, dass es ein Abstandsproblem zum besagten Strommast gebe. Bei der Suche nach einem neuen Standort müsse wieder über das Planungsrecht usw. diskutiert werden.

Herr Moss betont, dass es keine Entscheidung gegen ein Feuerwehrgerätehaus Lämershagen gegeben habe. Die Maßnahme sei in der damaligen Abstimmung lediglich hinten angestellt worden, da es in der Kürze der Zeit nicht realisierbar schien.

Die Fragen von Herrn Rees würden in einer Vorlage beantwortet werden.

Spätestens seit dem 24. Februar dieses Jahres sei klar, dass die Bauliste mit ganz bestimmten Bedenken weiterdiskutiert werde. So werde es Maßnahmen geben, die unabweislich und sofort umzusetzen seien. Seit Einsetzen der Flüchtlingswelle werde versucht, für die Zuflucht suchenden Menschen vernünftige Lebensverhältnisse zu schaffen. Darin sehe er derzeit eine Kernaufgabe. Herr Bültmann werde später noch zur Unterbringung der Flüchtlinge berichten.

In den nächsten Jahren müsse sich mit infrastrukturellen Maßnahmen beschäftigt werden. Die Kindergärten und die Schullandschaft würden zu klein sein mit dem, was heute geplant werde. Es gelte die Entwicklungen abzuwarten, bevor entschieden werde, wie es weitergehen könne.

Durch Corona seien Baumaterialien schlecht lieferbar und Baukolonnen könnten nicht beginnen, wodurch sich Baumaßnahmen verzögert hätten.

Mit diesen Ausführungen solle verdeutlicht werden, dass es sich bei der Bauliste

um einen dynamischen Prozess handele und sie jederzeit an die tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen sei. Die Bauliste diene als roter Faden, der allerdings nicht glatt und straff gespannt sei, sondern es werde immer wieder Ausschläge geben, auf die reagiert werden müsse.

Wenn Herr Frischemeier die Diskussion im Rat richtig verstanden habe, solle im Betriebsausschuss ISB eine Lösung gefunden werden, wie das Feuerwehrgerätehaus Lämershagen in die Liste integriert werden könne. Niemand erwarte, dass schon im übernächsten Jahr mit der Maßnahme begonnen werde. Es gehe vielmehr darum, die Grundlagen zu klären.

Frau Taeubig fragt, ob es noch Kapazitäten gebe, um das Feuerwehrgerätehaus in die Prioritätenliste aufzunehmen und falls nicht, was gestrichen werden könne.

Herr Thole moniert, dass die Bezirksvertretung Stieghorst am 24.06.2010 den Neubau des Gerätehauses einstimmig beschlossen habe und seitdem seitens der Verwaltung so gut wie nichts geschehen sei. Es liege keine Planung vor und es gebe auch keine Gespräche über Grundstücke. Daher sei dieser Punkt am 04.03.2021 nochmalig beraten und einstimmig bei einer Enthaltung der FDP beschlossen worden.

Der Rat habe entschieden, dass der Betriebsausschuss ISB der zuständige Ausschuss für das Anliegen sei und nicht der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss, wie es der Antrag der FDP-Fraktion zusätzlich vorsehen würde. Deshalb lehne er den Antrag der FDP-Fraktion ab.

Er stimme Herrn Rees zu, dass die Grundlagen fehlen würden. So gebe es noch keine endgültige Planung und kein anderes Grundstück. Bei dem vorhandenen Grundstück gebe es, wie von Herrn Moss aufgezeigt, Schwierigkeiten. Doch Probleme und Schwierigkeiten seien da, um gelöst zu werden. Zehn Jahre seien genug Zeit gewesen, um zumindest die Planung vorzubereiten. Sofern jetzt nichts unternommen werde, müsse in zehn Jahren in der Bezirksvertretung Stieghorst wieder ein Antrag gestellt werden und alles beginne von vorne.

Während für die Berufsfeuerwehr 100 Millionen Euro verausgabt würden, müsse die Freiwillige Feuerwehr, der sehr viel zu verdanken sei, in katastrophalen Zuständen verharren. Um sich selbst ein Bild davon machen zu können, lädt er die Anwesenden zur Besichtigung des Feuerwehrgerätehauses ein.

Von der Verwaltung erwarte er einen Vorschlag, wie die Maßnahme in den nächsten Jahren verwirklicht werden könne.

Herrn Moss sei wichtig, keinen Zwist zwischen der Freiwilligen Feuerwehr und der Berufsfeuerwehr zu säen. Beide seien elementare Bausteine des Brandschutzbedarfsplanes.

Im Jahr 2010 seien der Bau einer neuen Hauptfeuerwache und einer Feuerwehrwache Ost noch nicht absehbar gewesen. Diese Projekte stünden mittlerweile auf der Agenda ganz weit oben.

Er ruft in Erinnerung, wie viele Feuerwehrgerätehäuser in den letzten Jahren in Bielefeld gebaut und ertüchtigt worden seien und wie viele noch ertüchtigt würden.

Es müsse schlicht und ergreifend realistisch eingeschätzt werden, ob die Maßnahme zum jetzigen Zeitpunkt notwendig sei oder nicht. Die Verwaltung sei diesbezüglich zu einer anderen Einschätzung gekommen als die Politik und die Kollegen aus der Feuerwehr würden diese mittragen.

Seit fünf Jahren arbeite Herr Peter im Immobilienservicebetrieb und führe regelmäßig Abstimmungsgespräche mit der Feuerwehr. Das Feuerwehrgerätehaus Lämershagen sei erst jetzt auf die Tagesordnung gekommen und habe zuvor nie ein priorisiertes Thema für die Berufsfeuerwehr dargestellt.

In einem Protokoll aus dem Jahre 2017 habe er eine Anfrage der Bezirksvertretung Stieghorst an die Feuerwehr gefunden. Die Feuerwehr habe geantwortet, dass das Feuerwehrgerätehaus Lämershagen in den Planungen der Berufsfeuerwehr zurzeit keine Rolle spielen würde. Dies stimme auch mit seiner Wahr-

nehmung überein. Insofern weise Herr Peter den Vorwurf der Untätigkeit der Verwaltung zurück.

Seit der Kenntnis um die hohe Bedeutung des Feuerwehrgerätehauses Lämershagen seien Schritte unternommen worden. Es gebe ein Grundstück, wenngleich noch nicht feststünde, ob auch Baurecht vorhanden sei. Der Prüfungsprozess dauere an. Bezüglich des Strommastes auf dem Grundstück sei für morgen ein Ortstermin mit den zuständigen Behörden vorgesehen. Dabei solle geklärt werden, ob die Leitung unterirdisch verlegt werden könne.

Auch die SPD-Fraktion befürworte das Vorhaben, so Frau Brinkmann. Doch wie die Verwaltung aufgezeigt habe, sei es schwierig, die Maßnahme in so kurzer Zeit umzusetzen.

Sie erklärt sich mit einer Besichtigung des Gerätehauses gemäß dem Vorschlag von Herrn Thole einverstanden.

Das Angebot der Verwaltung, zur nächsten Sitzung des Betriebsausschusses ISB die aufbereitenden Unterlagen zu bekommen, nehme sie an.

Den Ausführungen von Herrn Peter habe Herr Knauf entnommen, dass im Bauprogramm die wichtigsten Maßnahmen zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichten aufgeführt seien.

Es müsse geschaut werden, wie die Aufnahme des Feuerwehrgerätehauses Lämershagen die Prioritäten verschiebe. Die Ressourcen seien nun mal begrenzt und dementsprechend müssten Prioritäten festgelegt werden.

Er halte weiter an seinem Antrag fest, das Feuerwehrgerätehaus in die Prioritätenliste aufzunehmen. Dann könnten auch die Kosten, der Zeitraum der Realisierung und die weiteren von Herrn Rees aufgeworfenen Grundlagen ermittelt werden. Bei der anschließenden Vorlage im Betriebsausschuss ISB und Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss könne nochmal überlegt werden, ob die vorgeschlagene Maßnahme sinnvoll sei.

Herr Thole zitiert den Beschluss aus der Niederschrift der Ratssitzung, wonach sichergestellt werden müsse, dass bei dringenden Bedarfen, Ergänzungen oder Änderungen die Prioritätenliste durch Beschluss einer Bezirksvertretung und eines Fachausschusses angepasst werden könne. Dies sei einstimmig bei fünf Enthaltungen beschlossen worden. Ferner deutet er erneut auf den Beschluss hin, den Antrag der CDU-Fraktion zur Aufnahme des Feuerwehrgerätehauses Lämershagen an den Betriebsausschuss ISB zu verweisen. Mit anderen Worten müsse kein weiteres Gremium mehr aufgesucht werden.

Seit 2010 sei die Feuerwehr Lämershagen in dem Bedarfsplan enthalten und 2021 sei sie wieder aufgeführt.

Zusammenfassend stellt Herr Frischemeier fest, dass die Aufnahme des Feuerwehrgerätehauses Lämershagen grundsätzlich gewollt sei. Gleichwohl seien zu viele Fragen offen, um heute eine Entscheidung fällen zu können. Die fehlenden Informationen werde die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Betriebsausschusses nachreichen.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird mit dem hierzu gestellten Antrag der FDP-Fraktion (TOP 4.2.1) in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 4.2.1 Antrag der FDP-Fraktion zu TOP 4.2

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3733/2020-2025

Der Antrag der FDP-Fraktion ist zusammen mit dem Antrag der CDU-Fraktion (TOP 4.2) beraten worden.

-.-.-

**Zu Punkt 5 Erweiterung der Grundschule Hillegossen
Vorstellung der Planungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0632/2020-2025/1

Laut Herrn Frischemeier sei der Tagesordnungspunkt in der Bezirksvertretung Stieghorst in erster Lesung behandelt worden. Selbiges schlägt er für den Betriebsausschuss ISB vor, außer es gebe eine besondere Dringlichkeit.

Ergänzend erklärt Herr Bültmann, dass der Schul- und Sportausschuss die Vorlage zur Kenntnis genommen habe. Die offenen Fragen der Bezirksvertretung Stieghorst würden Mitarbeitende des Immobilienservicebetriebs während der Sitzung am Donnerstag beantworten. Bei den Fragen ginge es weniger um die Schule an sich als um ergänzende Nutzungen. Der im Betriebsausschuss ISB gezeigte Lageplan würde auch der Bezirksvertretung vorgestellt. Es ginge hierbei um Zuwegungen um das Schulgelände herum. Dringlichkeit sei geboten, da der Bauantrag gestellt werden müsse.

In Anbetracht von Herrn Bültmanns Erläuterungen schlägt Herr Rees die Kenntnisnahme vor. Letztlich sei die Bezirksvertretung Stieghorst das entscheidende Gremium.

Herr Thole stimmt einer Kenntnisnahme zu. Die Fragen der Bezirksvertretung Stieghorst seien beantwortet und der Lageplan läge ebenfalls vor.

Herr Frischemeier stellt fest, dass der Ausschuss nicht auf eine erste Lesung bestehe und die Vorlage folglich zur Kenntnis genommen werden könne.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 6 Abbruch des Gebäudes Herforder Str. 505, 33609 Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3511/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 7

Bericht European Energy Award (eea) ®

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3548/2020-2025

Herr Rees spricht der Verwaltung seinen Dank aus. Die Stadt Bielefeld habe mit 81 Prozent eine sehr gute Vorbewertung. Wichtig sei, dass die zu ergreifenden Maßnahmen in der Vorlage klar benannt seien. Sie würden auch den Immobilienservicebetrieb betreffen. Über die Sanierung des städtischen Gebäudebestandes bis zum Jahr 2030 mit dem Ziel annähernder Klimaneutralität sei bereits gesprochen worden. Dies nehme eine zentrale Bedeutung bei den Anforderungen des European Energy Awards ein. Er sei zuversichtlich, trotz des Ukrainekrieges voranzukommen und wirbt um Zustimmung für die Vorlage.

Beschluss:

1. **Die in der Anlage aufgeführten Ergebnisse und das Arbeitsprogramm des Auditberichts zum European Energy Award eea® werden zur Kenntnis genommen.**
2. **Die Umsetzung städtischer Maßnahmen steht generell unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Einbau von Lüftungsgeräten in Grundschulen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3598/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis.-

-.-.-

Zu Punkt 9

Unterbringung von Flüchtlingen (mündlicher Bericht)

Laut Herrn Bültmann sei der Immobilienservicebetrieb viel mit der Unterbringung der ukrainischen Flüchtlinge beschäftigt. So würden einige Mitarbeitende in den letzten zwei Wochen fast nichts anderes mehr tun.

Anfänglich sei der Immobilienservicebetrieb nach Lagerflächen gefragt worden. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) habe sich dabei als hilfreich erwiesen und direkt das ehemalige Testzentrum am Jagdweg für die ukrainische Kirche zur Verfügung gestellt. Zusätzlich könnte dort das Inventar der Kulturschaffenden aus dem Kulturhaus untergebracht werden.

Der Krisenstab der Stadt Bielefeld habe wieder seine Arbeit aufgenommen.

Es stelle die Stadt vor eine große Herausforderung, die vielen Flüchtlinge unterzubringen. Während in der Flüchtlingskrise von 2015 maximal 200 Flüchtlinge in der Woche mit Vorlauf eingetroffen wären, seien es jetzt teilweise 200 Flüchtlinge am Tag.

Mit der Sporthalle des Carl-Severing-Berufskollegs 1 sei über das Wochenende die erste Sporthalle in Zusammenarbeit mit dem Arbeiter-Samariter-Bund einsatzfähig gemacht worden.

Aufgrund der Not sei kurz darauf auch die Sporthalle des Carl-Severing-Berufskollegs 2 in Beschlag genommen worden. Es sei keine Zeit geblieben, um

einen Schutzboden zu verlegen. Dies sei aber in Kauf genommen worden. Von morgens 6 Uhr bis abends 23 Uhr seien die Hausmeister- und Reinigungskräfte des Immobilienservicebetriebs in den Hallen im Einsatz.

Der Immobilienservicebetrieb sei dabei, viele weitere Immobilien herzurichten, wie das Gebäude des Kulturhauses an der Werner-Bock-Straße, die Seidensticker Halle mit einer Kapazität von 450 Plätzen und das Handwerkerbildungszentrum, für das eine mietvertragliche Vereinbarung mit der Handwerkskammer existiere. Zudem habe der Immobilienservicebetrieb ein ehemaliges Casino in Heepen, das momentan als Coronateststation genutzt werde, übernommen.

Darüber hinaus habe die BlmA dem Immobilienservicebetrieb in einem ersten Aufschlag 106 Wohnungen angeboten. Mitarbeitende des Immobilienservicebetriebs seien ständig unterwegs, um die Wohnungen zu begutachten. So müssten beispielsweise E-Checks und Legionellenprüfungen vorgenommen werden. Bei den größeren Anlagen ginge es um die Sicherheitsbeleuchtung, Brandmeldeanlagen, Rauchwarnmelder, Feuerwehrpläne und Flucht- und Rettungswegepläne. Es seien noch weitere Wohnungen angeboten worden. Der Immobilienservicebetrieb komme jedoch mit der Arbeit derzeit nicht hinterher. Selbst wenn die Wohnungen geprüft worden seien, scheitere es an den Einrichtungsmöglichkeiten, u. a. an Betten, Kühlschränken usw.

Daher bittet Herr Bültmann um Verständnis, wenn derzeit das ein oder andere liegen bleiben würde. Viele Mitarbeitende seien von morgens bis abends und gar am Wochenende unterwegs, um die ukrainischen Flüchtlinge unterzubringen.

Herr Frischemeier bedankt sich im Namen des Betriebsausschusses ISB bei den Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit. Die Verwaltung könne auf die Unterstützung der Politik setzen, wenn es mal hake oder länger dauere.

Auch in anderen Ämtern der Stadtverwaltung, wie dem Sozialamt, dem Amt für Schule, dem Jugendamt, dem Bauamt und dem Feuerwehramt würde viel geleistet, so Herr Bültmann. Mit allen Beteiligten herrsche ein gutes Miteinander.

Auf Nachfrage von Frau Schrader erläutert Herr Bültmann, dass dem Sozialamt fast 200 Wohnungen angeboten worden seien. Die Stadt habe eine E-Mail-Adresse für Meldungen zur Unterbringung eingerichtet. Das Sozialamt sei für die einzelnen Privatwohnungen zuständig, der Immobilienservicebetrieb dagegen für große Portfolios.

Frau Brinkmann schlägt angesichts der anwesenden Pressevertreter vor, die E-Mail-Adresse in der Zeitung zu veröffentlichen.

Die E-Mail-Adresse könne der städtischen Homepage entnommen werden, so Herr Bültmann. Er bedankt sich für die Hilfsbereitschaft, wenngleich die Stadtverwaltung den ganzen Angeboten nicht mehr hinterherkäme.

Heute Mittag sei im Krisenstab vereinbart worden, dass Lagerflächen unterhalb von 1000 m² nicht mehr in die Betrachtung einbezogen würden, da der Herrichtungsaufwand in keinem Verhältnis zu den Unterbringungsmöglichkeiten stehen würde. Die Hilfsorganisationen seien ebenfalls am Limit.

Herr Frischemeier weist auf die ausführliche Internetseite der Stadt Bielefeld zur Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine hin.

Herr Rust erkundigt sich nach der Zusammensetzung der Flüchtlinge. Er möchte wissen, ob es sich hauptsächlich um Ukraineflüchtlinge oder auch Flüchtlinge aus dem arabischen, afrikanischen Raum handele und ob die Stadt Zahlen dazu führe.

Hierauf antwortet Herr Frischemeier, dass der Betriebsausschuss ISB der falsche Ausschuss für diese Frage sei. Der Immobilienservicebetrieb sei zuständig für die Unterbringung der Flüchtlinge.

Herr Rees zeigt sich erschüttert über die Frage von Herrn Rust und möchte sie nicht unkommentiert lassen. Vor mehr als einer Woche hätten alle Ratsparteien, bis auf eine, beschlossen, alle Geflüchteten aus der Ukraine in Bielefeld willkommen zu heißen, unabhängig von ihrer Hautfarbe, Herkunft und Nationalität. Die von Herrn Rust vorgenommene Differenzierung zeuge seines Erachtens von Rassismus, den er weder in diesem Ausschuss noch in Bielefeld haben möchte. Humanität kenne keine Hautfarbe und keine Nationalität.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 10

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 10.1

Pilotprojekt zur kostenlosen Abgabe von Menstruationsartikeln

Herr Bültmann teilt mit, dass sich in den nächsten Monaten zeigen werde, wie das Projekt angenommen werde. Zum Herbst hin werde im Betriebsausschuss ISB ein Bericht vorgelegt.

Zur Nachfrage von Herrn Knauf bezüglich der Bereitstellung von Menstruationsprodukten in Schulen antwortet Herr Bültmann, einen solchen Auftrag vom Schulamt nicht erhalten zu haben.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis. -

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

gez. Frischeimer, Vorsitzender

gez. Weigandt, Schriftführung